

FAKTEN & HINTERGRUND

Erkelenz im Krisenjahr 1923

Vor den sogenannten „Goldenen Zwanzigern“ ab 1924 war bei weitem nicht alles goldig – besonders genau vor 100 Jahren. Deshalb hat sich Günther Merkens vom Heimatverein der Erkelenzer Lande auf Spurensuche begeben.



Besatzungssoldaten beim Flaggenappell in Erkelenz. Vor 100 Jahren herrschten turbulente Zeiten. FOTO: ARCHIV HEIMATVEREIN.

VON GÜNTHER MERKENS

ERKELENZ | Die Jahre 1918 bis 1923 waren chaotisch: Novemberrevolution, Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte, Besetzung im Rheinland und militärische Einquartierungen, Elend der Kriegsheimkehrer, der Witwen und Waisen, sich verschärfende Versorgungskrise, hohe Arbeitslosigkeit, galoppierende Geldentwertung, politische Radikalisierung, Aufstände und Plünderungen, Besetzung des Ruhrgebietes und passiver Widerstand.

All dies wirkte sich natürlich auch auf das Leben in Erkelenz aus. Seit 1918 war Erkelenz von alliierten Truppen besetzt, die weitestgehend das tägliche Leben

bestimmten. Einquartierungen, Ausgangssperren, Verkehrsbeschränkungen, Zensur, Fotografier- und Versammlungsverbot seien stellvertretend genannt.

Bürgermeister Johannes Spitzlei, der das Amt in Erkelenz von 1916 bis 1932 innehatte, berichtet ausführlich in der Chronik der Gemeinde Erkelenz zum Krisenjahr 1923. Dieses Jahr war für die Verwaltung das bisher schwierigste, die Besetzung des Ruhrgebietes und der damit verbundene passive Widerstand waren unüberbrückbare Schwierigkeiten, wie Spitzlei vermerkt.

Eine weitere Schwierigkeit war, dass auch die deutschen Eisenbahner passiven Widerstand leisteten und ihre Arbeit einstellten. Es musste also Ersatz geschaffen werden. So wurde eine Autobuslinie eingerichtet von Mönchengladbach über Rheindahlen, Erkelenz, Baal, Hückelhoven, Linnich nach Puffendorf. Hier bestand dann Anschluss an das Aachener Netz.

Es war auch für viele Erkelenzer Arbeitnehmer eine große Herausforderung, ihre Arbeitsstellen insbesondere in Mönchengladbach oder Rheydt zu erreichen. Spitzlei vermerkt dazu, dass die Stadt Autobusse angemietet hat, welche die Arbeiter nach Rheindahlen brachten, von wo aus sie mit der Straßenbahn nach Mönchengladbach und Rheydt fahren konnten. Abends wurden sie auch wieder abgeholt. Ende April wurden diese Transporte von der Besatzung verboten. Damit wurden viele Arbeitnehmer erwerbslos, am 1. Mai waren es 417 bei etwa 6800 Einwohnern.

Am 28. Juni wurde die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung durch die Stadtkasse verboten, die Erwerbslosen mussten sich jetzt selbst um das Geld bemühen. Im unbesetzten Gebiet war die Auszahlung ohne Schwierigkeiten möglich, deshalb wurden die Gelder auf Schleichwegen nach Erkelenz gebracht. Aber immer drohte die Gefahr der Beschlagnahme durch die Besatzer. Neben dem passiven Widerstand gab es immer wieder Überfälle auf Eisenbahnzüge und Sabotageakte an Brücken und Gleisen.

Eine zusätzliche Belastung für die Bürger war auch die Inflation, die nach Kriegsende immer mehr zunahm und im Jahre 1923 mit der sogenannten Hyperinflation ihren Höhepunkt erreichte. So kostete im Mai 1923 in Berlin – und nicht nur dort – ein Kilo Brot 474 Mark. Zwei Monate später ist der Preis auf 2200 Mark gestiegen, Anfang Oktober sind es 14 Millionen. Noch einmal

vier Wochen später kostet der Brotlaib 5,6 Milliarden Mark. Zur Geldentwertung notierte Spitzlei, dass am 2. Januar eine Goldmark 1.728,6 Papiermark entsprach, am 1. Oktober waren es 57.763.000 Papiermark und am 1. November 31.029.760.000 Papiermark – heute unvorstellbar.

Bestimmte Personen wie Kleinrentner, kinderreiche Familien und Kriegerwitwen wurden von einer „Notgemeinschaft“ (1922 gegründet) unterstützt. Diese sammelte Geld, Lebensmittel oder Kleidungsstücke und verteilte sie direkt an die Bedürftigen. Am Januar 1923 wurde eine Quäckerküche eröffnet, die von der Stadt finanziert wurde. Laut Spitzlei wurden täglich 120 Kinder – durch ärztliche Untersuchung ausgewählt – versorgt. Die Versorgung bestand aus Kakao und Brötchen sowie verschiedenen Suppen.

Infolge der Inflation war auch die Versorgung der Bürger recht schwierig. So wurden im Jahre 1922 von der Stadt Erkelenz Kartoffelanbauverträge geschlossen. Von März bis Juni 1923 wurden dann Kartoffel an die Personen abgegeben, die bedürftig waren und über keinerlei Vorräte verfügten. Auch die Fleischversorgung war schlecht. Im August 1923 kaufte die Stadt bei Bauern in der Gegend wöchentlich ein Rindvieh und zwei bis drei Schweine. Diese wurden im städtischen Schlachthof geschlachtet und dort auch verkauft. Spitzlei vermerkt dazu, dass bei der Beschaffung teilweise Zwang angewendet werden musste, weil Bauern die freiwillige Herausgabe verweigerten.

Auch die Kohleversorgung in Erkelenz stockte mit der Besetzung des Ruhrgebietes (Anfang 1923) und dem folgenden passiven Widerstand völlig. Die Stadt organisierte Transporte und verkaufte auch die Kohlen. Die Preise waren aber fast unerschwinglich, wie in der Chronik vermerkt ist. So kostete anfangs ein Zentner Brikett 1840 Mark, dies steigerte sich bis auf zwei bis zweieinhalb Billionen Mark. In diesem Zusammenhang berichtet Spitzlei, dass es, durch die Not der Bevölkerung bedingt, immer wieder zu Diebstählen gekommen sei.

Als im Jahre 1923 der „passive Widerstand“ begann, wurden viele Bürger im besetzten Gebiet ausgewiesen, auch Erkelenzer Bürger. So wurden zum Beispiel Eisenbahner oder Beamte von Zoll oder Polizei ausgewiesen und mussten Erkelenz mit der gesamten Familie verlassen. Dazu gehörte unter anderem der ehemalige Bürgermeister und Ehrenbürger Bernhard Hahn. Die Häuser wurden beschlagnahmt. Der Separatistenputsch im Jahre 1923 verlief in Er-

kelenz harmlos. Zwar wurde am 21. Oktober 1923 die „Rheinische Fahne“ am Rathaus und Landratsamt aufgezogen, aber einen Tag später wieder entfernt, damit war die separatistische Bewegung in Erkelenz schon beendet.

Als 1926 die letzten Truppen abzogen, jubelte die Bevölkerung und feierte überschwänglich die „Befreiung“.



Johannes Spitzlei war von 1916 bis 1932 Bürgermeister von Erkelenz. Foto: Archiv Heimatverein